

**Information nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)
über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Abteilung Zentrale Vergabestelle der Stadt Wolfenbüttel**

Die Zentrale Vergabestelle der Stadt Wolfenbüttel verarbeitet personenbezogene Daten. Dazu gehören Daten, welche Sie der Zentralen Vergabestelle zur Verfügung stellen und/oder welche die Zentrale Vergabestelle von Dritten über Sie erhebt bzw. erhält. Um Sie über die Datenverarbeitung und Ihre Rechte aufzuklären und den Informationspflichten gem. Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) nachzukommen, informiert Sie die Zentrale Vergabestelle der Stadt Wolfenbüttel über folgende Umstände:

1. Name und Kontaktdaten der Verantwortlichen:

Verantwortlich für die Datenverarbeitung: Stadt Wolfenbüttel, Stadtmarkt 3-6, 38300 Wolfenbüttel, Telefon: +49 5331 86-0, E-Mail: stadt@wolfenbuettel.de, vertreten durch den Bürgermeister.

Verantwortliche Stelle: Zweckmäßigerweise werden die personenbezogenen Daten vorrangig durch die nachfolgend bestimmten Stellen innerhalb der Behörde verarbeitet: Stadt Wolfenbüttel, Bauverwaltungsamt, Abteilung Zentrale Vergabestelle, Stadtmarkt 3-6, 38300 Wolfenbüttel, E-Mail: zvs@wolfenbuettel.de.

2. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten:

Stadt Wolfenbüttel, Behördliche Datenschutzbeauftragte, Stadtmarkt 3-6, 38300 Wolfenbüttel, Telefon: +49 5331 86-430, E-Mail: datenschutz@wolfenbuettel.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:

Die Zentrale Vergabestelle der Stadt Wolfenbüttel hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das Vergaberecht zu beachten. Dazu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) sowie die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A).

Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient der Durchführung des Vergabeverfahrens und erfolgt auf Grundlage von § 4 LDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. b, c und e DSGVO. Ohne die Daten sowie die erforderlichen Auskünfte kann kein Zuschlag erteilt werden, da abgegebene Angebote unvollständig und damit auszuschließen sind.

Mit der Teilnahme am Vergabeverfahren erklären Sie sich damit einverstanden, dass Ihre personenbezogenen Daten für den Zweck der Auftragsvergabe und gegebenenfalls des daraus resultierenden Vertragsverhältnisses gespeichert, geändert oder gelöscht werden und als Teil der Vergabe- und Bewirtschaftungsakte abgelegt werden.

Die Datenverarbeitung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Durchführung von Vergabeverfahren, insbesondere:
 - Bereitstellen von Vergabeunterlagen
 - Beantwortung von Bieterfragen
 - Abfrage und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen
 - Abfrage und Überprüfung der Eignung
 - Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen

- Pflege einer Adressdatenbank/ Bieterkartei

- Dokumenten- und Vertragsmanagement
- Vertragsabwicklung
- Bestandsverwaltung
- Erfüllen datenschutzrechtlicher Verpflichtungen
- Führen sachdienlicher Kommunikation

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist zur Erreichung der oben genannten Zwecke erforderlich. Werden die genannten personenbezogenen Daten nicht zur Verfügung gestellt, können gegebenenfalls die einzelnen beschriebenen Zwecke nicht erreicht werden.

4. Kategorien personenbezogener Daten:

Es werden personenbezogene Daten erhoben, verarbeitet und genutzt, die Sie der Zentralen Vergabestelle im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung stellen. Das sind insbesondere:

- Persönliche Kontaktdaten und Namen von Bietern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Bieter (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail, Telefonnummer, Geburtsdatum)
- Daten zur Qualifikation/Eignung eingesetzter Beschäftigter des Bieters und
- Referenzen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbare Leistungen.

Eine Datenerhebung darüber hinaus erfolgt nur, sofern die Zentrale Vergabestelle dazu rechtlich verpflichtet ist oder Ihre Einwilligung dazu vorliegt.

5. Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten:

Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Zu den Empfängern aufgrund einer gesetzlich zulässigen Übermittlung können insbesondere gehören:

- Unterlegene Bieter, die einen Antrag nach § 62 Abs. 2 VgV stellen bzw. gemäß § 46 Abs. 1 UVgO über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie den Namen des erfolgreichen Bieters zu unterrichten sind.
- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bei einer Auftragssumme ab 30 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) muss der öffentliche Auftraggeber für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister einholen.
- Bei Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb und Freihändigen Vergaben (Verhandlungsvergaben ohne Teilnahmewettbewerb) ab einem Auftragswert von 25 000 Euro wird für die Dauer von drei Monaten über jeden vergebenen Auftrag auf unserer Internetseite informiert. Diese Information enthält zumindest auch den Namen und die Adresse des beauftragten Unternehmens.
- Die Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen (Vergabekammer).
- Gerichte im Falle von Klagen.

Die Erhebung personenbezogener Daten erfolgt grundsätzlich bei der betroffenen Person selbst. Davon abweichend ist die Verantwortliche befugt, personenbezogene Daten **bei Dritten** zu erheben (Information gem. Art. 14 DS-GVO), soweit diese gesetzlich zur Mitteilung verpflichtet sind.

Innerhalb der Stadt Wolfenbüttel erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung ihrer gesetzlichen und vertraglichen Pflichten brauchen. Die personenbezogenen Daten werden gegebenenfalls an folgende Stellen übermittelt, wenn dies zur Erfüllung der oben genannten Zwecke erforderlich ist und gesetzliche Bestimmungen dies erlauben oder gebieten:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gem. § 150a GewO
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sachbearbeiter der Stadt Wolfenbüttel
- Vertragspartner (nutzende Dienststellen) zur Vertragsdurchführung

6. Speicherfristen der Daten

Die Verantwortliche speichert personenbezogene Daten nur so lange, wie dies für die Erreichung des unter Nr. 3 genannten Zwecks erforderlich ist oder gesetzliche Aufbewahrungsfristen eine Speicherung vorschreiben. Für die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten gelten die Aufbewahrungsfristen für Vergabeunterlagen gemäß der §§ 8 Abs. 4 VgV; 20 VOB/A-EU 2019; 8 Abs. 3 SektVO; 6 Abs. 2 UVgO. Hieraus ergibt sich eine Aufbewahrungsfrist von 10 Jahren.

7. Betroffenenrechte:

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DS-GVO insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO).
- Recht auf **Datenberichtigung**, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO). Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO.
- Recht auf **Einschränkung der Datenverarbeitung**, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Stadt Wolfenbüttel gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- Recht auf **Datenübertragbarkeit**, sofern die Verarbeitung mithilfe eines automatisierten Verfahrens und auf Grundlage einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO erfolgte. In diesem Fall kann eine betroffene Person von der verantwortlichen Stelle die Bereitstellung ihrer Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format verlangen (Art. 20 DS-GVO).
- Recht auf **Widerruf**, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf der Grundlage einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a DS-GVO erfolgte. In diesem Fall hat eine betroffene Person gemäß Art. 7 Abs. 3 Satz 1 DS-GVO das Recht, ihre Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch den Widerruf nicht berührt.

- Recht auf **Widerspruch** gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO).
- Recht auf **Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde**:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen, Prinzenstraße 5, 30159 Hannover, Telefon: +49 511 120 4500, E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden (Artikel 77 DS-GVO).

Bis auf den letzten Punkt können betroffene Personen ihre o.g. Rechte gegenüber der Verantwortlichen oder direkt gegenüber der verantwortlichen Stelle wie unter 1. aufgeführt geltend machen.

8. Einschränkung der Rechte

Die Rechte für betroffene Personen können gemäß Artikel 23 DS-GVO beschränkt werden und Bundes- und Landesgesetzgeber haben diese Möglichkeit zumindest teilweise auch genutzt. Sollten Sie von den oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Wolfenbüttel daher, ob die gesetzlichen Voraussetzungen im Einzelfall erfüllt sind.